

Aktive Bürger Bornheim

Wir erobern unsere Stadt zurück!

Pressemitteilung

Stellungnahme der ABB zur Flüchtlingsproblematik.

Das Thema Flüchtlinge, Hintergründe und Ursachen wird in Bornheim von den Fraktionen im Stadtrat so gut wie nicht bearbeitet. Die ABB hat auf ihrer Internetseite in diversen Artikeln in der Vergangenheit zum Thema eindeutig und klar Stellung bezogen. Auf Bundesebene laufen die Diskussionen jedoch seit langem sehr kontrovers, sachbezogen und lautstark ab.

Breuer: " Aus Sorge, beim Thema Flüchtlinge in die rechte Ecke gestellt zu werden, unterbleiben in Bornheim notwendige Diskussionen und Reaktionen."

So können wir erstaunt bei den Bornheimer Grünen lesen. Zitat: „Man müsse allerdings nicht nur den Leuten die Stirn bieten, die offen gegen Flüchtlinge hetzten, sondern vor allem auch die entlarven, die sich hinter Bedenken oder Formalien versteckten und damit nur diffuse Ängste schüren wollten.“ Zitat Ende.

Die Linken sehen schon allein durch eine Fragestellung das Grundrecht auf Asyl gefährdet. Das Grundrecht auf Asyl steht für die ABB aber überhaupt nicht zur Diskussion! Kosten spielen bei den Linken offensichtlich keine Rolle. Dann hebt man eben die Grundsteuern und Gewerbesteuern erneut an und führt eine Millionärssteuer ein. Schmalspurdenken können wir uns aber nicht leisten!

Die Linken sollten einmal die Worte ihres Herrn Gysi in der Bundestagsrede vom 9. September 2015 ernst nehmen. Zitat: „Übrigens ist das Asylverfahren Bundesrecht. Und insofern müssen meines Erachtens auch die Kosten vom Bund getragen werden und nicht von den Ländern und Kommunen.“ Zitat Ende. Die Linke in Bornheim sollte uns also, was die Frage der Kosten angeht, die wir von Bund und Land NRW zu 100 % ersetzt haben wollen nicht kritisieren. Die ABB forderte von Bund und Land NRW in der Diskussion um die Flüchtlinge von Anfang an die Einhaltung des [Konnexitätsprinzip](#) (wer bestellt bezahlt) ein.

Heinrich Weiler (2. Vors. ABB): "Ein von uns geschätzter Fehlbetrag zu Lasten der Stadt Bornheim bei der Unterbringung von mehr als [4,45 Millionen €](#) (Basis 300 Personen in 2015) ist schließlich kein Pappentier für eine Stadt wie Bornheim."

Wir gehen davon aus, dass die Stadt nicht mehr ohne weitere Kassenkredite auskommen wird, die wir auf mehrere Millionen € schätzen. Die Forderung der ABB nach kostendeckenden Erstattungen durch den Bund und das Land NRW bei zugewiesenen Leistungen ist eine **selbstverständliche Pflicht** für alle Kommunalpolitiker. Das nicht zu tun ist unverantwortlich!

Marcus G. Rey (hilft im Bornheimer Erstaufnahmehaus): "In jedem von uns schlagen zwei Herzen. Auch wir wollen Flüchtlingen unbedingt helfen, machen uns aber auch Gedanken darüber, was langfristig passiert und ob wir das auch stemmen können. Man muss sich doch auch bei dem derzeitigen Massenansturm Gedanken um die langfristigen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft machen dürfen."

Das Land NRW finanziert den betroffenen Kommunen in der Regel nur lächerliche 20 bis 25 % der Kosten. Das hat eine Anfrage der ABB an die Stadtverwaltung ergeben. In anderen Bundesländern (z.B. Bayern) finanzieren die Landesregierungen bis zu 100 %.

Das Land NRW lässt die Kommunen in der Flüchtlingsfrage finanziell brutal im Regen stehen. Alle Bemühungen der Konsolidierung des Bornheimer Haushaltes werden durch nicht ausreichende Zuschüsse des Landes NRW bei den zugewiesenen Leistungen (Konnexitätsprinzip) torpediert.

Das hat nun auch unser Bürgermeister Henseler erkannt und auch in der Lokalpresse verkündet. Von ihm wurde unter anderem auch die Unterfinanzierung in der Flüchtlingsfrage bemängelt.

Georg Horch (SKB im Sozialausschuss): "Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die NRW Landesregierung (SPD/Grüne) nun einzelne Realitäten zur Kenntnis genommen hat und endlich angemessen auf das Problem der Balkanflüchtlinge (nur 0,2 % Anerkennungsquote!) reagieren will."

Nach Aussage der Flüchtlingsexpertin der Grünen im Düsseldorfer Landtag Monika Düker sollen nun auch in NRW keine Balkan Flüchtlinge mehr an die Kommunen überstellt, sondern getrennt in sogenannten „Schwerpunktlagern“ untergebracht werden, um das Prüfverfahren und die Rückführung zu beschleunigen und die Kommunen damit zu entlasten.

Breuer: "Wir Bürger dürfen uns in der Diskussion um die Flüchtlinge keinen Maulkorb umhängen, Rede- und Denkverbot verpassen lassen, bloß weil Rechtsradikale das Thema für Ihre menschenverachtende Politik missbrauchen könnten. Wir haben in Deutschland etliche Probleme! Durch Abtauchen und Schweigen in der Flüchtlingsproblematik lösen wir diese Probleme nicht! Wir lösen die Probleme auch nicht durch Aussitzen, weder in Bornheim, noch in NRW und erst recht nicht in Berlin. Es gibt Handlungsbedarf in der Flüchtlingsfrage. Es sollten Asyl und Einwanderung voneinander getrennt und entsprechend behandelt werden! Das kann jedoch nur durch die Gesetzgebung auf der Bundesebene geschehen."

Wir Bürger müssen nicht nur auf der Kreisebene sondern auch auf der kommunalen Ebene Druck nach oben geben, damit jene auf der Bundes- und Landesebene endlich handeln. Das ist beispielsweise auf einem Treffen der Bürgermeister auf der Kreisebene Rhein-Sieg bereits erfolgt. Das ist aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Bornheimer Stadtverwaltung informiert die Bürger und die Fraktionen nur sehr zurückhaltend und in Salamiaktik. [Bürgerbeteiligung verkommt beim Thema Flüchtlinge in Bornheim zur Bürgerinformation](#), nachdem die Beschlüsse bereits gefasst sind bzw. vor Ort schon unveränderliche Fakten geschaffen wurden. [Akteneinsichten zum Flüchtlingsthema werden der ABB verweigert](#). Das alles darf eigentlich nicht sein!

Heinrich Weiler: "Die Bürger und Kommunalpolitiker haben das Recht, rechtzeitig und ausführlich informiert und auch entscheidend in die Beschlussfassung eingebunden zu werden. Davon sind wir in Bornheim beim Thema Flüchtlinge weit entfernt, obwohl seit der Vorlage unserer Fragen an die Verwaltung zur Flüchtlingsthematik eine gewisse Verbesserung der Kommunikation mit den Fraktionen feststellbar ist."

Wir haben [drei Tagesordnungspunkte](#) im öffentlichen Teil des Ausschusses für Soziales, Schulen und demografischen Wandel (ASS) beantragt, in denen wir Aufklärung in der Flüchtlingsfrage durch Fragen an die Verwaltung bekommen wollen. Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung unsere Fragen auch sinngemäß und vollständig beantwortet. Auch dies war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Die letzte [Anfrage der ABB zum Thema Flüchtlinge wurde nicht beantwortet](#).

•Wir bleiben dabei:

- Wir sind für eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge in der EU.
- Wir wollen Flüchtlinge angemessen und menschenwürdig unterbringen.
- Die ABB steht zum Asylrecht, welches im Grundgesetz verankert ist.
- Wir fordern von Bund und Land NRW die Kosten für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zu 100 % (Konnextätsprinzip) zu übernehmen.
- Eine Demokratie muss sachliche Kritik der Bürger aushalten können!

Für den Vorstand der ABB

Adelheid Wirtz, Georg Horch, Paul Breuer, Marcus G. Rey, Heinrich Weiler